

bei ihnen lag, sondern auf seiten des Stromlieferanten, der dann die Kosten auf andere Verbrauchergruppen abwälzen konnte.

Aufgefangen wird das Defizit durch den »Kleinverbraucher«, der tiefer in die Tasche greifen muß. Die einzigen Nutznießer dieser Strompolitik sind also die Industrie, die Energiekonzerne, die großen Banken und deren Eigentümer, während mittlere und kleine Betriebe, Haushalte und Kleinverbraucher dieses Verschwendungssystem durch überhöhte Tarife subventionieren.

Das 380-Kilovolt-Verbundnetz war und ist für die Deckung der Nachfrage nach elektrischem Strom in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Umfang nicht notwendig. Es dient den Stromversorgern und ihrer Klientel hauptsächlich dazu, ihre machtpolitischen und marktbeherrschenden Positionen zu erhalten. Das Verbundnetz wird damit zu einem System, das nicht nur der Zentralisierung, der Umweltzerstörung und der Verschwendung Vorschub leistet, sondern vor allem energiepolitisch und ökologisch sinnvolle Projekte verhindert.

Allmählich wächst die Kritik an den überhöhten Strompreisen. Neue ehrgeizige Projekte der Stromwirtschaft werden nicht mehr kritiklos hingenommen, Bedarfsprognosen in Frage gestellt. Aber die Marketingstrategen der Milliardenbranche haben in unseren Köpfen auch für Kurzschlüsse gesorgt. So haben sie Wortschöpfungen wie »Kernkraftwerk« in das Bewußtsein der Menschen gehämmert — die drei grundguten Begriffe »Kern«, »Kraft« und »Werk« sind die ideologische Tarnkappe für das äußerst riskante Unternehmen, radioaktive Substanzen zu erzeugen, deren Beseitigung keineswegs geklärt ist. Und »Entsorgungspark« nennen sie einen Ort, wo wir auf Jahrmillionen die Sorgen über eine radioaktive Verseuchung nicht loswerden.

Die Dinosaurier fressen sich selbst

Die vornehmste Aufgabe eines Energieplaners in der Deutschen Verbundgesellschaft ist der akkurate Umgang mit Bleistift und Lineal. Mit diesen beiden Instrumenten üben sich die Stromer in der Kunst des »Fortschreibens«. Dazu legen sie das Lineal auf ein Blatt mit den Energiedaten der vergangenen Jahre und verlängern die aufstrebende Linie. So einfach ist das. Und weil es keine Autorität über der Deutschen Verbundgesellschaft gibt, ist es unwichtig, ob diese Fortschreibung des Strombedarfs mit der Realität übereinstimmt — in der Regel ist sie viel zu hoch gegriffen.

Mit sorgenvoller Miene unterrichtet dann ein Mitglied aus dem exklusiven Zirkel den jeweiligen Bundeskanzler über drohende Stromausfälle, den Zusammenbruch der Wirtschaft und den Rückfall in die Steinzeit, wenn nicht schnellstens neue Großkraftwerke gebaut und neue Stromtrassen in die Landschaft geschlagen werden. Der amtierende Bundeskanzler beauftragt dann seinen Pressesprecher, die neue Energiebedarfsprognose der Bundesregierung zu verkünden, jene »Fortschreibung« eben, die just aus der Feder des Zeichners im Zentrum der starkstrompolitischen Macht stammt.

Unverändert gilt die Maxime in der deutschen Politik, welche von der Wirtschaftsministerkonferenz 1982 ausgegeben worden ist: »Die Versorgungslast liegt bei den Energieunternehmen, die dafür erhebliche Investitionen tätigen müssen. Gerade darum muß bei diesen Unternehmen die verantwortliche Entscheidungskompetenz sowohl bei der Erar-

beitung als auch bei der Realisierung der Konzepte liegen.« Dagegen sei es nicht Aufgabe der Raumordnung oder der Regionalplanung, Energieversorgungskonzepte zu entwickeln.

Erinnern wir uns an die Satzung der Deutschen Verbundgesellschaft, daß Entschlüsse nur einstimmig gefaßt werden, dann wird verständlich, warum das umstrittene Braunkohlekraftwerk Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage ans Netz gehen soll, obwohl acht der neun DVG-Mitglieder für eine Rauchgaswäsche eintraten.

Üblicherweise finden die Abstimmungen in der DVG unter strengster Diskretion statt. Die lautstarke Diskussion über das Waldsterben jedoch veranlaßte 1984 einen Teilnehmer der exklusiven Runde, aus dem Nähkästchen zu plaudern. Die Energieversorgung Schwaben AG (EVS) schrieb an Olfert Dorka von der Freudenstädter Aktionseinheit gegen das Waldsterben, daß acht der neun DVG-Mitglieder die PREAG zum Umweltschutz überreden wollten: »Die DVG-Mitglieder haben gegenüber ihren Kollegen von der PREAG deutlich machen müssen, daß die Inbetriebnahme von Buschhaus ohne Rauchgasentschwefelung einfach nicht in die ökologische Landschaft paßt. Bei einer der letzten DVG-Sitzungen haben alle acht übrigen Energieversorgungsunternehmen auf Vorstandsebene sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie die Haltung der Preußenelektra nicht verstehen und eine Belastung der gesamten deutschen Elektrizitätswirtschaft daraus befürchten.«

Mit Genugtuung nämlich hatten die Vorstände der Stromkonzerne festgestellt, »daß ihre Bereitschaft, die in der Großfeuerungsanlagenverordnung festgesetzten Entschwefelungswerte früher zu erreichen, in der Öffentlichkeit gut aufgenommen worden ist, diese Image-Komponente aber sehr rasch durch eine Position wie die von Buschhaus wieder zunichte gemacht werden könnte«. Der Brief endete mit den Worten: »Bitte verstehen Sie aber, daß derartige Meinungsäußerungen nicht in der Öffentlichkeit erfolgen. Wenn sie in den zuständigen Fachgremien ausgetragen werden, ist die Aussicht einer positiven Beeinflussung nach un-

serer Erfahrung größer.« Das funktioniert wie bei der Mafia. Ganz geheim wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Wie unbeweglich Deutschlands Energiefürsten sind, ergibt sich aus der Satzung: Wenn alle anderen weiter wollen, aber einer stehen bleibt, kommt der ganze Verein zum Stillstand. So schalten und walten die Strommonopolisten völlig ungehindert nach eigenem Gutdünken. Und wenn die Politiker tatsächlich eine Begründung hören wollen, warum ein neues Großprojekt unbedingt und sofort in Angriff genommen werden muß, ist den Vertretern der Verbundgesellschaft schon immer etwas eingefallen. Gelegentlich mahnten sie sogar Versäumnisse aus der nationalsozialistischen Vergangenheit an: »Aufgrund falscher Voraussetzungen und aus übergroßer Vorsicht beging man im Anfang der 30er Jahre den Fehler, Energieerzeugungsanlagen nur sehr zögernd auszubauen. Die Folge war, daß die Steigerung der installierten Leistung der Kraftwerke mit dem stark ansteigenden Stromverbrauch nicht mehr Schritt halten konnte. Die deutsche Elektrizitätsversorgung stand deshalb den erhöhten Anforderungen der Kriegsproduktion ohne jede Reserve gegenüber. Manche Produktionsprogramme konnten damals nicht verwirklicht werden.«

Dieses deutliche Bedauern über nicht erreichte Kriegsziele durch die Begrenzung des »Rüstungswunders« veröffentlichte die von der DVG beherrschte Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) im Jahre 1953. Jetzt stand keine NSDAP mehr im Weg, die aus Angst vor Luftangriffen den Neubau von Kraftwerken und das Knüpfen des Verbundnetzes behinderte. Ganz im Gegenteil begrüßten die Pusher des Wirtschaftswunders den Hang der Energiewirtschaft zu einsamer Größe. So wurden lästige Nörgler ausgegrenzt, Trittbrettfahrer beim großen Absahnen abgeschüttelt.

Übertriebene Rücksichtnahme auf die Interessen der Normalbürger und Kleinabnehmer war für die Verbundriesen nicht notwendig, denn die Großraumverbundwirtschaft hatte ja nur ganz am Rande etwas mit der billigen und sicheren Versorgung des stromtechnischen Kleinviehs zu tun. Di-

rekt an das Höchstspannungsnetz angebunden sind eben nur die Größtabnehmer der sogenannten Grundlast, die zwischen fünfzig und sechzig Prozent der gesamten Stromerzeugung trägt. Indem die Stromer aber in den fünfziger Jahren die großindustriellen Verbraucher zum Abbau ihrer eigenen Kraftwerke überredet oder gezwungen hatten, machten sie den Bau der Großraumverbundwirtschaft überhaupt erst notwendig, damit die energieintensiven Grundstoffbetriebe mit Strom versorgt werden konnten. Das Verbundsystem hat sich somit zu einer Überstruktur entwickelt, die außerhalb marktwirtschaftlicher oder kartellrechtlicher Gesetze, vom Grundgesetz ganz zu schweigen, ihr Eigenleben führt und in vielen Bereichen einer demokratischen Entwicklung entgegensteht.

Diese Gefahr hatte nicht nur Altkanzler Hans Luther frühzeitig erkannt. Während er die gesellschaftspolitischen Risiken der zentralistischen Energieerzeugung geschildert hatte, nahm im selben Jahr, 1951, der Ingenieur Professor Dr. Dr. Marguerre die wirtschaftlich-technischen Argumente der Verbundunternehmen unter die Lupe und zerpfückte sie. In seiner Studie über »die verbrauchsorientierte Stromerzeugung« entwickelte er völlig neue Vorschläge für den künftigen Ausbau der deutschen Elektrizitätswirtschaft.

Gegen die herrschende Auffassung stellte Marguerre fest, daß Kraftwerke, die transportfähige und dadurch marktfähige Steinkohle verbrauchten, »zweckmäßiger in den Zentren des Verbrauchs« errichtet würden, wodurch der Bau neuer großdimensionierter Verbundleitungen eingespart werden könne. Strom über Freileitungen zu transportieren, das stellte Marguerres Arbeitsgruppe fest, ist teurer, als den Brennstoff Kohle mit Binnenschiffen oder mit der Bahn an entlegene Standorte zu bringen. Jedes Kilowatt, das durch eine Hochspannungsleitung in die Ferne geschickt wird, verschlingt fünfzig bis hundert Prozent mehr Kapital als ein in dezentralen Verbrauchsschwerpunkten erzeugtes.

Marguerre machte in einer Zeit, da eine dezentrale Entwicklung der westdeutschen Energieversorgung noch möglich war, auch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf,

als es um den Zubau in der Größenordnung eines halben Atomkraftwerks der Biblisklasse ging: »Um die bis 1953/54 notwendigen 740 Megawatt an zusätzlicher Kraftwerksleistung zu erreichen«, rechnete er vor, »müßten bei der zentralen Lösung rund 444 Millionen Mark, bei der dezentralen Lösung lediglich 196 Millionen Mark aufgewendet werden.« Die eingesparte Viertelmilliarde wollte der Experte für die Rationalisierung der Stromerzeugung im Bergbau einsetzen. So hätte das energiehungrige Land jährlich 1,3 bis 1,5 Millionen Tonnen Kohle einsparen können.

Um die Einsparung des wertvollen Rohstoffs Kohle ging es Marguerre auch beim Vergleich zwischen der Verbundwirtschaft großer zentraler Kraftwerke mit dem Neubau von Heizkraftwerken mit Fernwärmeauskopplung. Die Untersuchung ergab für 1951, daß durch den Ausbau solcher Heizkraftwerke in allen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern im Bundesgebiet jährlich rund dreieinhalb Millionen Tonnen Kohle gespart werden könnten. Die Anlagekosten für diese dezentralen Verbundwerke wären überdies niedriger gewesen als die für zentralisierte Kraftwerke einschließlich Fernwärmeübertragung.

Heute verschlingt der Bau des Höchstspannungsnetzes, mit dem die Leistung eines neuen Kraftwerks abgeführt wird, etwa ebensoviel, wie investiert werden muß, um ein Großkraftwerk zu errichten, rund zwei Mark pro installiertem Watt. Abhängig von den Leitungstypen betragen die Anlagekosten für einen Kilometer des 380-Kilovolt-Netzes zwischen 560 000 und 1 162 000 Mark. Diese Beträge können durch Entschädigungskosten um bis zu zwanzig Prozent höher ausfallen.

Dennoch gilt nach der Weltanschauung der Stromdealer das eherne Gesetz, je größer ein Kraftwerk ist, desto billiger ist die daraus abgegebene Kilowattstunde. Daß es sich hier um einen Trugschluß handelt, hat der Bremer Professor Hans Dieter Hellige bewiesen. Er fordert in seiner Studie »Zur Dimensionierung von Elektrizitäts- und Wärmeversorgungssysteme als technikgeschichtliches Problem« die Verantwortlichen auf, die Stichhaltigkeit der historischen Argu-

mente zu überprüfen und mit einer komplexeren Langzeitbilanz der Energieentwicklung zu konfrontieren: »Wenn man Kraftwerkstechnik oder Energieszenarios betrachtet«, sagt er, »erscheint die Entwicklung der elektrischen Energietechnik als eine notwendige Stufenfolge von sehr kleinen dezentralen Anlagen mit schlechtem Wirkungsgrad zu immer wirtschaftlicheren, größer dimensionierten und stärker zentralisierten Kraftwerksaggregaten in immer großflächiger vernetzten Versorgungssystemen.« Dieser technokratische Irrweg konnte sich nur durch die Scheuklappensicht und das Schweigekartell der Ingenieure zu einer »Gesetz-mäßigkeit« ausprägen. Die so gewonnene Steigerung der Effizienz werde zur technisch-ökonomischen Logik, die nur durch die Fortschreibung einer einmal beschrittenen Entwicklung begründet werden könne. Der Prozeß verselbständigte sich so weit, daß die zunehmende Einheitsgröße als gesetzmäßig betrachtet werde. Dabei tritt nur die Stromerzeugung in den Vordergrund, die dabei anfallende Wärme verkommt zu naturbelastendem Abfall, der unter hohen Kosten beseitigt werden muß.

So wird ein jahrzehntelanger Trend zum Naturgesetz. Die Trendkurven werden schlicht hochgerechnet und zu prognostischen Studien verarbeitet, mit dem Resultat, daß sich Elektro- und Maschinenbauingenieure auf Leistungsgrößen von 2500, 3000 oder gar 5000 Megawatt nach 1990 einzustellen haben.

In der Diskussion um die Entwicklung der Energiewirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen auch die Technikhistoriker das dezentrale »Energiewerk« nicht zur Kenntnis und ergriffen Partei für die Stromriesen. Fasziniert von Größenrekorden und Grenzleistungen, haben sie angepaßtere Energiespartechiken mit einem geringem »level of sophistication« kaum beachtet. Je größer die Anlage, desto höher der thermische Gesamtwirkungsgrad — so lautet ein Argument, dem das kleine Kraftwerk zugunsten der großtechnischen Entwicklung weichen muß. Diese einfache Formel hält jedoch der historisch-statistischen Überprüfung nicht stand.

Während der mittlere Wirkungsgrad der öffentlichen Kraftwerke in der Bundesrepublik 1983 nur um 85 Prozent über dem des Jahres 1937 liegt, hat sich ihre durchschnittliche Nennleistung seitdem von etwa acht Megawatt auf heute rund achtzig Megawatt gesteigert, also nahezu verzehnfacht, und das, obwohl seit 1976 der Hauptteil der Elektrizitätserzeugung von den großen Blöcken getragen wird. Der spezifische Brennstoffeinsatz hat sich seit 1975 nicht mehr verändert. Die Betriebserfahrungen mit Blockgrößen von 600 Megawatt aufwärts haben zudem gezeigt, daß minimale Verbesserungen des Wirkungsgrads nur noch um den Preis eines verringerten Verfügbarkeitsgrads zu erlangen sind. Immer mehr Energietechniker sehen daher keinen Anreiz mehr, bei konventionellen Kraftwerken zur nächsthöheren Leistungsklasse überzugehen.

Das Argument für die Vergrößerung der Kraftwerksleistung, die kontinuierliche Senkung der spezifischen Anlagekosten, bedarf ebenfalls der Überprüfung. Denn die Kostendegression wirkt keineswegs in allen Phasen gleichmäßig, sie läßt sich deshalb auch nicht linear fortschreiben.

In der westdeutschen Elektrizitätswirtschaft ist besonders beim Sprung von der 300- zur 600-Megawatt-Einheitsgröße ein erheblicher Rückgang des spezifischen Einspar-effekts zu verzeichnen. Wegen zunehmender Probleme mit der Verfügbarkeit der Kraftwerke und Schwierigkeiten bei der Kühlung und der Reservebereitstellung gehen die finanziellen Vorteile der Größendimensionierung zu einem erheblichen Teil wieder verloren.

Eine Reihe von Kraftwerksingenieuren unterstützt deshalb den Trend zu kleineren, dezentralen Einheiten. Vor allem die emissionsärmere und primärenergiesparende Wärme-Kraft-Kopplung gewinnt wieder an Interesse.

Doch was Professor Hellige von den Hochschulen berichtet, setzt sich noch lange nicht in der betrieblichen Praxis um. Der Hochschullehrer hat trotz positiver Ansätze darüber hinaus den fatalen Hang seiner Studenten ausgemacht, sich zu Fachidioten zu entwickeln. Trotz der drängenden Umweltprobleme und der zunehmenden Gesellschaftskritik an

der zentralistischen Stromstruktur läßt sich bei Helliges Studenten eine »doppelte Hemmschwelle gegenüber außer-technischen, sozial- und geisteswissenschaftlichen Denkweisen und gegenüber der historischen Perspektive nicht überwinden«. Auf der Suche nach einem Arbeitsplatz mühen sich die studentischen Energietechniker lediglich um das technisch-wissenschaftliche Know-how. Das Lernfach Technikgeschichte, in dem der Bremer Professor lehrt, wird degradiert zum sozialen Marketing bloßer Akzeptanzförderung neuer Technologien.

Aber im Bewußtsein der Experten soll nach Helliges Meinung der Wertewandel ansetzen. Die Technikgeschichte sollte nicht als Zuarbeiterin auf der Ebene technischer Verfahren verstanden werden, sondern das soziale, wirtschaftliche Umfeld schildern und vor allem auch die Umweltprobleme berücksichtigen. Der Bremer Technikhistoriker hat jedoch erkannt, daß die Romantik auf dem trockenen Gebiet des Erfindens und Konstruierens im Zuge der industriellen Entwicklung verweht ist. In seiner Sprache liest sich das so: »Auf den ersten Blick scheint der Bereich des Planens, Konzipierens und Entwerfens von technischen Gebilden und Verfahren ein Reservat technikimmanenter Entscheidungen zu sein, zumal die traditionelle handwerklich-intuitive Methode des Erfindens und Konstruierens längst weitgehend von der Konstruktionswissenschaft und von der Wertanalyse, einem Managementinstrument zur Reduzierung von produktbezogenen Entwicklungskosten, verdrängt wurde. Infolge ihrer Abhängigkeit von den Zielvorgaben des jeweiligen Unternehmens bleiben die Bewertungen fast ausschließlich auf momentane betriebswirtschaftliche Kostenrelationen fixiert und führen durch Ausblendung gesamtgesellschaftlicher Folgekosten zu Pseudooptimierungen und Fehlrationisierungen.«

Immer wieder hat die starkstrompolitische Macht der Verbundunternehmen nach dem Zweiten Weltkrieg die technischen Ziele weitgesteckt. Nachdem 1957 die erste 380-Kilovolt-Leitung zwischen Rommerskirchen und Hoheneck in Betrieb genommen worden war, jagte in der Bundesrepu-

blik ein Megawattrekord den nächsten. Und die Politiker räumten den Stromern die lästigen Mitbewerber aus den Gemeinde- und Stadtwerken aus dem Weg — mit dem sogenannten »300-Megawatt-Erlaß« vom 21. Juli 1964. »Unter Berücksichtigung der derzeitigen Versorgungsverhältnisse in der Bundesrepublik«, heißt es dort, »und des Erfordernisses einer weitgehenden Standardisierung und Kostensenkung beim Bau von Kraftwerken wird bis auf weiteres die Leistung von 300 MW als Richtgröße für die Aufstellung neuer Maschineneinheiten zugrunde gelegt.«

Damit waren die finanzschwachen Kommunen überfordert. Der Bundeswirtschaftsminister und die Länderwirtschaftsminister machten unter dem Begriff »Sonderfälle der Notstandsvorsorge« den kommunalen Kraftwerken klar, daß sie auch vor Gericht keine Chance hätten, gegen den 300-Megawatt-Erlaß anzugehen. »Bauvorhaben, die diesen Grundsätzen nicht entsprechen, werden nicht freigegeben. Sollte ein anzeigendes EVU eine rechtsmittelfähige Entscheidung verlangen, so wird das Vorhaben untersagt, weil Gründe des Gemeinwohls es erfordern.«

1965 wurde der erste 300-Megawatt-Turbosatz zugeschaltet, sieben Jahre später ging ein doppelt so großes Kraftwerk ans Netz. 1975 erreichte die Höchstmarke erstmals 900 Megawatt und legte zwei Jahre später auf 1300 Megawatt zu, die derzeitige Standardgröße neuer Atomkraftwerke.

Als besonders kostengünstig für die Elektrizitätswirtschaft erweist sich hier der Brauch, daß nur die reinen Anlagekosten zu Buche schlagen, nicht aber die gesellschaftlichen Folgekosten durch Schadstoffemissionen, Wasser- und Landschaftsverbrauch oder durch die noch offene Frage der endgültigen, sicheren Beseitigung radioaktiver Abfälle.

Mit den Riesenkraftwerken von 1300 Megawatt installierter Leistung wirft die Verbundwirtschaft zunehmend die eigenen Argumente über den Haufen, die sie zum Strippenziehen in den fünfziger Jahren angeführt hatte. Weil die Atomkraftwerke überall mit Uranbrennelementen gefüttert werden können, lassen sie sich auch auf der grünen Wiese fernab der Verbrauchsschwerpunkte irgendwo in die Landschaft

stellen, wenn nur genügend Kühlwasser zur Verfügung steht. Die Erfahrung der Ansiedlungspolitik neuer Industriebetriebe hat aber gezeigt, daß die Größtverbraucher den Atomkraftwerken in die Einsamkeit folgen, so daß die langen Leitungen für die Fütterung der Industrie vor Ort nicht nötig sind. Aber wehe, eines dieser gigantischen Kraftwerke fällt plötzlich aus.

Reserve ist in der Elektrotechnik nicht gleich Reserve. Da Strom eine hochverderbliche Ware ist, die in dem Moment erzeugt werden muß, in dem sie verbraucht wird, muß der Ausfall eines 1300-Megawatt-Klotzes sekundenschnell abgefangen werden. Die sogenannte Sekundenreserve übernimmt das Hochspannungsnetz. Seine Kapazität wird durch einen Ausfall dieser Größenordnung aber fast vollständig aufgebraucht. Sofort muß daher die Minutenreserve angeworfen werden, damit das notwendige Sicherheitspolster wiederhergestellt wird. Diesen Job übernehmen in der Regel Gasturbinen und Pumpspeicherkraftwerke. Bei länger anhaltenden Störungen — wie bei der Sprengung eines Überlandmastes beim Atomkraftwerk Krümmel vor den Toren Hamburgs am frühen Morgen des 25. Januar 1985 — muß die Stundenreserve einspringen, in der Regel konventionelle Kohlekraftwerke.

Die Mitgliedsunternehmen der DVG haben vereinbart, daß jedes von ihnen in seinem Monopolgebiet selbst für die notwendige Reserve sorgen muß. Das ist eine teure Angelegenheit. Obwohl internationale Stromexperten davon ausgehen, daß acht Prozent der am Netz hängenden Gesamtleistung als Reservekapazität ausreichen, argumentiert die DVG heute, daß sie eine Sicherheitsreserve von 20 bis 25 Prozent benötigen. Ausdrücklich weisen die Stromer darauf hin, daß der Ausfall von 1300-Megawatt-Kraftwerksblöcken anders auf die Dauer nicht aufzufangen sei.

Das Paradoxon ist perfekt: Der Betrieb von Riesenkraftwerken wurde überhaupt erst durch das Verbundnetz ermöglicht, das genügend Ausfallreserve bereitstellte. Und wegen dieser Großkraftwerke, die eben viel zu groß geraten sind, müssen die Verbundunternehmen ihre Reservekapazi-

tät kräftig erhöhen. Weil sie überdies jederzeit ausfallen können, läßt sich das Hochspannungsnetz nicht auf »Volllast« fahren. So wird das teure Netz im Normalfall nur zu zwei Drittel bis drei Viertel seiner Kapazität belastet, damit im Störfall noch genügend »Saft« übertragen werden kann. Die Grenzen des selbstgewählten Wachstums sind überschritten worden, die überzüchtete Dinosauriertechnik beginnt ihre Lebensgrundlagen aufzufressen. Aber was soll's? Die Zeche zahlt schließlich der Verbraucher und nicht der Verursacher. Und wenn nicht der Stromkunde zur Kasse gebeten wird, dann übernimmt Vater Staat die Rechnung.